

**Horst Groschopp**

## **Was das Ossi lernen musste**

*Neue Wörter in Deutschlands Osten. In: Der Alltag, Berlin (1996), 71, S.163-172.*

Das erste Jahr der deutschen Einheit war im Osten angefüllt mit dem, was die Parteirhetorik der SED in ihren hegemonialen Zeiten mit dem unbestimmt düsteren Satz beschrieb, "jähle Wendungen sind nicht ausgeschlossen". Wirbel erfaßten nun die ostdeutsche Bevölkerung. Ich unterrichtete in dieser Zeit einen Kurs Fernstudenten über zwei Semester zum schönen Thema "Geschichte der Kulturpolitik". Diese veränderte sich soeben. Die Studentinnen und Studenten, bis zum Einheitstag alle in Lohn und Brot stehend und bezahlt freigestellt für zwei Tage jede zweite Woche, wurden auf besondere Weise in den Strudel der Wende gezogen: In sensiblen Kulturbereichen tätig, spürten sie die raschen Ereignisse hautnah. Das machte viele von ihnen unfähig, wie bisher zu studieren, überhaupt einen Lernsinn zu erkennen. Der Unterricht geriet mitunter zu diagnostischen Veranstaltungen und psychologischen Entlastungen. Um die Situation zu erleichtern, einigten wir uns auf ein Ritual. Am Beginn jeder Konsultation sagten wir uns alle vierzehn Tage gegenseitig diejenigen Wörter an, die inzwischen im Alltag neu waren. Daraus geriet nun ein zufälliger und unvollständiger, vor allem sehr subjektiver Ossi-Brockhaus, eine vorwissenschaftliche Sammlung von Begriffen, ohne Anspruch auf soziologische Repräsentanz. Nach weiteren vier Jahren geriet mir die Liste wieder in die Hände, und ich dachte mir, für eine nicht ganz so ernste feuilletonistische Behandlung sei der Stoff vielleicht hinreichend.

Selten hat ein Menschenschlag in so kurzer Zeit neue Begriffe und Regelungen in den Alltag übernommen, diesen umgekrempelt und sein Sprach- und Verhaltensrepertoire so rasch geändert wie das Ossi. Das Ossi ist ein Typus. Dabei handelt es sich um die weibliche, männliche und sächliche Einwohnerschaft des Beitrittsgebietes. Deren Umstellung auf die importierten ökonomischen und sozialen Bedingungen der Altländer ("Das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme des in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannten Gebietes.") wird bislang als kulturelle Leistung wenig gewürdigt. Wo sonst gab es so viele Umbenennungen von Straßen und Plätzen? Die Bereitschaft zur Änderung der Wegenamen und der allgemeineren Verhältnisse, darin eingeschlossen notgedrungen das eigene Leben, war am Anfang enorm, sei es durch den sozialen und politischen Druck des gesellschaftlichen Umbruchs, der auf die Wende folgte, oder sei es aus je persönlichem Stolz, in diesen Wirrungen nicht als orientierungslos oder als jemand zu gelten, der sich weigert, die Mauer in den Köpfen niederzureißen. Wer es besonders glatt schaffte, galt aber meist, überwiegend neidisch, als Wendehals oder Neuaufsteiger. Diesem Ansturm der schnell Änderungswilligen traten keine Menschen mit offenen Armen und liebevollem Lob, sondern zwei dagegen steuernde Haltungen entgegen, eine mißtrauische und eine selbstzerstörerische. Das Ostvolk, organisationsgeübt, gründete Verein über Verein und setzte sich mit seinen leeren Tellern an die Tische mit den Förder- (sprich Futter-)töpfen. Das konnten nur Seilschaften sein, einer der ersten importierten Begriffe. Dabei kam es zu ernststen und nachhaltigen psychologischen Mißverständnissen, zumal nach fester

Überzeugung der Entwicklungshelfer die Leute im Osten anders redeten und rochen als bei uns im Westen, anderes tranken und aßen und sicher Schlimmeres noch verbargen. Da meldete sich 1991 ein damit bekannt werdender Leipziger Psychologe den Osten therapierend und den Westen tröstend zu Wort. Er wies mit seinem Urteil allerdings die Hinzugekommenen, die Novemberdeutschen, in die Schranken, bestärkte viele Helfer in ihrem gesunden Menschenverstand, indem er sagte, die Ostmenschen seien in Wahrheit labil, selbstunsicher, abhängig, latent gereizt, unzufrieden, angst erfüllt und orientierungslos.

Das sehen beide Sorten Deutsche nach vier Jahren nicht mehr so eindeutig. Doch belastete dieses Verdikt viele im Osten lange Zeit, gläubig gegenüber der Wissenschaft wie sie nun mal erzogen waren. Heute scheinen die Bewohner in Neufünfland (die Ostbürger bzw. Ostler in den neuen, neuerdings den jungen Bundesländern) schon allerhand gelernt zu haben. Es bewegt sie nicht mehr sonderlich, daß noch immer irgendwie unklar ist, wo sie eigentlich geographisch wohnen. Mal sagt man neue Bundesländer, mal ehemalige DDR, als gäbe es ein ehemaliges Römisches Reich. Dann wird nur abgekürzt: NBL oder FNL (fünf neue Länder, wogegen die Berliner (West) meinten, man solle sie nicht ganz vergessen). Die Schwierigkeit der Wortverwendung bestand anfangs darin, daß es zwar die neuen Bundesländer und Ostberlin (nun Teil des Landes Berlin) gab, aber nicht die alten Bundesländer. Die alte BRD ist ja, da nur etwas dazukam, keineswegs eine andere geworden oder gar zuendegegangen wie die DDR. Weil die Geschichte der Wiedervereinigung auch diesbezüglich allerlei sprachliche Verwirrungen produzierte, sorgte die Arbeitsgruppe V I 1 des Bundesinnenministeriums 1991 für mehr Klarheit. Danach gab es dann hoch offiziell eben keine ehemalige Bundesrepublik, da diese "nicht untergegangen" sei, sondern nach wie vor "mit sich selbst identisch"(!) wäre. Es ist ja inzwischen mehrfach laut vermutet worden, nicht immer mit selbstkritischem Gestus, daß vielleicht die ungebrochene Identität westlich der Elbe der eigentliche Grund für die neuerdings selbstbewußtere östliche ist, fälschlich als DDR-Nostalgie diskreditiert. Jedenfalls wird das Ossi jetzt erst mit sich identisch. Sein diesbezüglicher Wille gründet sich auf langjährige Erfahrungen in der Anpassung, auf feine Unterschiede in der gleichen deutschen Sprache, auf einen geschulten Humor und darauf, daß so manches nur anders heißt, was es auch in der DDR gab, was aber ein großes gemeinsames Geheimnis bleibt, weil man es unter sich bespricht und nicht schon wieder politisch mißverstanden sein mag.

Doch vieles gab es auch nicht. In der gemeinsamen Umstellung auf das Neue bildeten sich gemeinsame Erfahrungen, die Quelle eigener Kultur. Im folgenden sollen dazu Belege aus dem Ossi-Duden, dem bislang ungeschriebenen Lexikon für Neubundesbürger und -bürgerinnen (neu auch BürgerInnen) vorgestellt werden. Die Liste reicht von A wie Ausbildungsbeihilfe und E wie Elitenwechsel, über L wie Landrat, P wie Probezeit, S wie Stornohaftungszeit und Q wie Qualifizierungsgesellschaft bis zu Z wie Zeiterfassungsbogen und Zählkind. Das alles zu verfolgen, würde zu weit führen. Konzentrieren wir uns auf den Buchstaben A wie Azubi, weil damit jeder Erstkläßler anfängt, wie heute die Schulanfänger unter den Kids heißen, nachdem sie der Kita oder dem Kila entwachsen sind. Binden wir dann an die Wörter mit A dieses und jenes andere. Am Schluß wird unsere Konfusion groß sein und jedes Wessi wird feststellen: Was es alles so gibt bei uns im Westen.

Die Liste beginnt, wie im richtige Duden, mit AA (nicht Aa-machen, sondern Auswärtiges Amt oder Anonyme Alkoholiker, ein schönes Zusammentreffen). Bei

einem solchen Anfang bei A kommt dann als eines der ersten Neuworte Abfindung, d.h. der mit Abstandsgeld honorierte Arbeitsplatzverlust, wenn dieser nicht der Abwicklung anheimfiel. Der Weg dahin könnte bei Herrn oder Frau Ossi über den natürlichen Abgang erfolgt sein. Dieser schöne Begriff bezeichnet nicht das Ausscheiden aus dem Arbeitsleben durch eigenen Tod, sondern den Weggang in den Vorruhestand oder in die Altersversorgung als Bestandsrentner. Zu diesen Arten von Aussonderung gehören dann solche Bezeichnungen wie vorgezogenes Altersruhegeld, Altersübergangsgeld (genauer sagt dazu die Überleitungsanstalt). Wer im Öffentlichen Dienst verbleibt, für den oder die ist kostenneutraler Austausch (Personalumsetzung) nach Strukturangleichung ebenso möglich wie das fiktive bzw. reale Alter wichtig. Denn das war seltsam an den Einstufungsberechnungen nach BAT-O. Man fing fast als Berufsanfänger wieder an, Frischlingsbehandlung, wie es deshalb sarkastisch hieß. Die einen meinten, das sei logisch; die anderen fühlten sich erniedrigt. Aber das wirklich Gute daran war, rein fiktiv wurde man jünger. Ist Mann oder Frau dagegen wirklich noch jung, dann kam vielleicht eine zeitlich befristete Anstellung in Frage oder eine Anwartschaft (bezogen auf eine Beamtenlaufbahn, nicht auf eine Trabi-Bestellung), verbunden eventuell sogar mit Anspruch auf den Anwärterverheiratetenzuschlag (eine von vielen neuen Kategorien auf Fragebögen im Öffentlichen Dienst wie auch personalführende Stelle, Versorgungsbezug, Ruhelohnordnung, Ortzuschlagserklärung und andere).

Bleiben wir im Neualphabet, so folgt auf den Abgang der Abholpreis. Um die Neuerung zu verstehen, muß man/ frau wissen, daß es in der DDR zwar eine ähnliche Art von Preisnachlaß gab: Das gekaufte Teil (man sagt nicht mehr Stück) war dann aber schon irgendwie sichtlich angeknackst oder kaputt. Man konnte nur davon Abstand nehmen. Abstand ist jedoch jetzt vom Nachmieter an den Vormieter für übernommene Leistungen zu zahlen, die sogenannte Überlassung. Das verweist auf eine neue Wertschätzung gegenüber einer gemieteten Wohnung, auf das Wohnungsproblem als nun reine Privatsache (Wohnberechtigungsschein, Wohngeld), als Geldgeschäft (Maklerprovision, Immobiliengesellschaft) und als Besitzanspruch (etwa als Eigenbedarf oder durch Rückübertragungsantrag).

Das zu begreifen schrieb den Ostdeutschen 1992 Kurt Biedenkopf über das Eigentum ins Stammbuch: "Daß Kollektivismus und intellektuelle Freiheit nicht verbunden werden können, weil Freiheit nämlich Verantwortlichkeit erfordert und weil deren wesentlicher Ausdruck in einer materialistischen Welt eben der Privatbesitz ist." Den Gedanken weiter zu verfolgen, würde uns allerdings auf eine Schiene (nicht mehr Strecke) führen, die uns den Alltag vermiesen könnte. Bleiben wir aber im Erwerbsleben bzw. seinem Gegenteil. Sagen wir, die dritte Abmahnung hätte Herrn oder Frau Ossi nach der Übernahme in den Öffentlichen Dienst dann doch noch aus selbigem entfernt (die erste gab es beim öffentlichen Protest gegen die Abwicklung als schon die Loyalitätserklärung mit der Treueverpflichtung als Amtsleiter gegenüber dem Dienstherrn unterschrieben war, die anderen folgten im Zuge der weiteren Entstaatlichung und Stellenbereinigung).

Durch unsere Annahme bekommen wir die Möglichkeit, auf die Abwicklung einzugehen. Diese Kernkategorie des Einigungsvertrages liefert uns das Stichwort für eine kurze theoretisierende Zwischenbemerkung. Der Begriff verweist auf einen politischen Fauxpas im Einigungsprozeß und zugleich auf einen wesentlichen deutsch-deutschen kulturellen Unterschied. Das Wort Abwicklung entlehnten die Väter des Einigungsvertrages der Betriebswirtschaft und dem Steuerwesen.

"Abwicklung" bezeichnet hier den normalen Vorgang der Auflösung eines Unternehmens, das Zuendebringen einer ökonomischen Einheit, die nun einmal wirtschaftlich nicht mehr zu retten ist.

Jedoch barg dieser Gedanke, bezogen auf die Zustände in der DDR, einen Fehlschluß in sich. Genau dieser Gang war dort unbekannt. Da machte per Definition niemand pleite. Die Betriebswirtschaft war auf den Hund gekommen und das Steuerwesen, zumindest für den Normalbürger, kein markanter Eckwert in der alltäglichen Lebensweise. So war das Wort unbekannt und erhielt, unabhängig von der ursprünglichen Intention, sofort einen pejorativen wie allgemeinen Sinn. In der Folgezeit wurde unter Abwicklung mehr verstanden als der im Einigungsvertrag bezeichnete Vorgang des Schließens einer Einrichtung (im politischen Jargon Abspecken von Überkapazität), des Versetzens eines nicht mehr benötigten Teils der Verwaltung in die Warteschleife, in der Regel in die Vorstufe zu ihrer Entlassung. Abwicklung wurde ungewollt zu einer Sammelbezeichnung für das Ende der DDR und der Einigungsvertrag zu einer Art Abwicklungsabkommen.

Dabei war die Sache selbst nicht neu. Es gab in der deutschen Geschichte schon "Abwicklungsbureaus" (die dem Stationschef unterstellte deutsche Marinebehörde bei jeder Marinestation, die nach Außerdienststellung eines Schiffes, dessen Rechnungen zu prüfen und die rückständigen Verwaltungsgeschäfte entrollen mußte), "Abwicklungsämter" (zuständige Stellen bei Auflösung von Behörden oder Truppenteilen) und sogar "Abwicklungsbanken" (nämlich die Hauptumtauschstellen bei der Währungsreform 1948).

Mißverständnisse geringerer Dimension als bei der Sache mit der Abwicklung gab es die Menge. Dabei waren Ausschuß (nicht mehr Pfuscherwerk, sondern Beratungsgremium), Kaiser's oder Mayer statt Kaufhalle, Tram statt Straßenbahn und Grillhähnchen (statt Broiler) sehr harmlos. Kiwi war eine unbekannte Frucht. Wer Kiwi bestellte, bekam Kirschwhiskey. Chinapfanne und Döner gab es auch nicht. Gefährlich mißverständlich, zumindest undurchsichtig wurde es, wenn der freie Gutachter seine erste Liquidation, also seine Rechnung vorlegte. Man konnte sich da schließlich sonstwas denken: "Im folgenden erlaube ich mir, Ihnen meine Liquidation zu unterbreiten ...". Tückisch waren auch Abkürzungen. Darin waren beide Deutschländer Meister. So konnte es passieren, daß sich ein Ossi und ein Wessi unterhielten (ja, das hat es gegeben) und der eine meinte mit AFG alkoholfreie Getränke, die es zu besorgen gäbe, und der andere das Arbeitsförderungsgesetz, um dessen Anwendung auf Anschubfinanzierungen man sich kümmern müsse. Ein KW-Vermerk bezeichnete eine Stelle, die wegfallen kann, wenn die darauf sitzende Person den natürlichen Abgang macht. Mit KW wie Königswusterhausen, Kilowatt, Kraftwerk oder Kalenderwoche wie bisher hatte das nichts zu tun.

Dann gab es Begriffe, die ziemlich eindeutig östliche Vorgänge bezeichneten wie Aktenbereinigung (unter der Modrow-Regierung in den staatlichen Dienststellen und Betrieben erlaubter Eingriff in die Kader- jetzt Personalakten, begonnen am 15. 1. 1990, dem Tag des Sturmes auf die Berliner Staatssicherheitszentrale, der dann später die Akteneinsicht und die Anfrage wegen Stasi-Verdacht als IM oder wegen einer Opferakte bei der Gauck-Behörde ermöglichte. Die Aufarbeitung solcher Altlasten ist noch im Gange.

Bestimmte Bezeichnungen wurden gar nicht erst groß hinterfragt. Der PC wurde als persönlicher Computer bezeichnet, statt anglophil als personal computer, was in der DDR als selbstredend volkseigener Personalkomputer funktionierte. Die AOK ist eben eine Ersatzkasse, die nichts mit Ersatzkaffee oder Kunsthonig im Sinn hat, sondern anstehende Kosten bei Erkrankung ersetzt. Wer nicht in die Barmer wollte oder in die Knappschaft durfte, landete in der AOK. Er oder sie war dort, wie in der einheitlichen Sozialversicherung der DDR, dann quasi zwangsweise versichert. In der DDR brachte man den Krankenschein in den Betrieb. Er war ein Freistellungspapier bei Arbeitsunfähigkeit. Jetzt, bis zur Einführung der Chipkarte auch hier, nahm man ihn zum niedergelassenen Arzt mit. Das Bonusheft ist beim Zahnarzt vorzulegen. Dagegen sind die außergewöhnliche Belastung (nicht medizinisch oder moralisch gemeint, also mehr im Sinne von Schulden als von Schuld) und sind Pauschbeträge Sachen für die Steuererklärung. Da war nicht viel zu lernen, das begreifen auch nur wenige Wessis. Das ist eben so, wie man sich eben auch bei der Bank den allgemeinen Geschäftsbedingungen fügen muß: Anlage, Dispositionskredit, Festgeld, Kontoführungsgebühren, Kreditkarte, Schufa ...

Manches normale Wort bekam zeitweise einen hohen symbolischen Wert, etwa die Banane, die Schily am 18. März 1990 kulturkritisch in die Fernsehkameras hielt. Ja, das Volk wählte die Freiheit, dann Bananen essen zu dürfen, wenn es will, nicht, wenn die Führung Bananen (oder Apfelsinen) zuteilte. So war Banane zwar kein Neuwort, wurde aber symbolisch aufgeladen. Das konnte Herr Schily nicht wissen, weshalb er (war er da schon Sozialdemokrat?) den Reigen der Kulturkritiker am DDR-Volk eröffnete.

Ähnlich gelagert war die Sache mit ALDI. Dieser Discount-shop mußte wegen seiner Rolle im Einigungsprozeß eigentlich das Bundesverdienstkreuz erhalten. Der erste Weg nach dem 9. November 1989, der Öffnung der Mauer und dem Erhalt der 100.-DM Begrüßungsgeld, war meist der zu ALDI. "Bei uns gibt es jetzt einen ALDI", stellte ab Frühjahr 1991 ein Zeichen des erlebbaren Fortschritts dar, höherwertig als PLUS, dann abgelöst von Kaufland und wie die anderen Supermärkte alle heißen. (Bezeichnend auch folgender Witz: Sächselnder Ossi fragt im Herbst 1989 in Berlin-Kreuzberg einen Türken: Gehts hier bei ALDI? - Türke, das schlechte Deutsch korrigierend: Zu ALDI. - Ossi: Was? Zu? So früh? Wie bei uns drüben [sic!] in der DDR.)

In diesen Bereich fallen auch die Wörter Amerikaner (nicht mehr Ammonplätzchen), Büchsenbier (statt Dosenbier, das es sowieso nur im Intershop gab - von dem manche meinen, er heiße jetzt METRO), Automarkt (statt eines einzigen Autohauses im ganzen Kreisgebiet gibt es jetzt überall deutlich sichtbar mehrere, besonders für Gebrauchtwagen; ihre Zahl hält etwa mit den Würstchenbuden die Waage) und Angebot (dessen höchste Form ist das Schnäppchen).

In der Arbeitswelt sind Arbeitgeber (das sind, so viel sollte vielleicht von Marx bleiben, diejenigen, die Arbeit kaufen, sie also eigentlich nehmen) von den Arbeitnehmern geschieden (letztere sind dann diejenigen, die ihre Arbeit verkaufen, also die früheren "Werkstätigen"). Wer sich irgendwo bewirbt, achtet inzwischen auf sein Outfit. Ist es im Öffentlichen Dienst, so muß auf die vorherige persönliche besondere Systemnähe, auf persönliche Belastung (also nicht die obige steuerlich außergewöhnliche, aber doch eine nach gelegentlicher Einzelfallprüfung politisch auffällige) oder gar auf Seilschaft geachtet werden. Meist handelt es sich um die

Bewerbung auf eine Ausschreibung für ein Projekt. (Dabei wird man, beim so ungefähr siebeneinhalften Vorstellungsgespräch, den Eindruck nicht los, die Stelle sei schon besetzt, zumindest so ausgeschrieben, daß sie auf Herrn XY zutrifft, der sich zufällig auch bewirbt und aus Köln stammt, wie der ausschreibende Amtsleiter oder der Geschäftsführer oder die wichtigen Mitglieder der Struktur- und Berufungskommission. Bei dem aus Köln weiß man, was er studiert hat und was man einkauft. Da kommt nichts nach. Da hat man keine eventuellen Sorgen mit der Akte.)

Pech, wer nicht auf Akzeptanz stößt, mit dem die Chemie nicht stimmt. Glück, wer verbeamtet wird. Hier lockt nicht nur das Zuwendungsnetto. Mißgeschick dagegen, wen die Arbeitslosigkeit trifft. Sie ereilt Gerechte und Ungerechte. Sie kommt zufällig, ist keine Leistungsauswahl, trotz Aufschwung-Ost (der nach neuestem Orakel am 3. Oktober 1999 abends nach der Tagesschau kommen soll; bis dahin ist Finanztransfer in die neuen Bundesländer nötig und auch der Solidaritätszuschlag zu entrichten; den Ossi übrigens auch zahlen müssen, was immer mal wieder gesagt werden muß). Der Aufschwung-Ost darf nicht verwechselt werden mit dem nur ähnlich klingenden "Aufbau-Ost", der Osthilfe nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939. Manche Politiker mißverstanden die Parole zu Anfang im Eifer ihrer Reden. Heute sind die Medien und Ansprachen der Politiker nicht mehr so triefend voll von Metaphern der Aufbruchstimmung, wiewohl sich Aufbauhelfer (Wessis und Wossis mit und ohne Buschzulage) weiterhin mühen und gegen Miesmacher (den Ausdruck kannten wir) verbal vorgehen.

Die Arbeitslosigkeit spielte und spielt nach wie vor Schicksal. Gleichwohl einem meist ein gutes Arbeitszeugnis ausgestellt wird, kommt man schwer wieder in eine Firma (ein Betrieb, nicht die Stasi). Der Arbeitsmarkt-Ost nimmt weniger Menschen auf als er freistellt und sei es durch Kurzarbeit Null: Ende der Arbeitsgesellschaft. Das Ossi, nicht alle, aber zu viele stellen fest und haben es schriftlich: mangelnder Bedarf, mangelnde fachliche bzw. persönliche Eignung, fehlende materielle Gleichwertigkeit der Abschlüsse ... Es bündelte sich mit der Zeit. Mancher verinnerlichte die obige Maazer Erklärung über die Selbstunsicherheit des Ossi. Andere werden inzwischen bockig, wieder andere clever.

Wem solche Freistellung geschah, der mußte zum Arbeitsamt (viele sagen "Arbeitslosenamt", weil sie es in dieser Funktion kennenlernten) und erhielt ALG (Arbeitslosengeld), mitunter auch einen Orientierungslehrgang (Vorschaltkurs, Schnupperkurs) und danach eine Umschulung oder Paragraph 149h. Andere, schwer Vermittelbare, beziehen jetzt nach einigen Jahren erstmals Arbeitslosenhilfe. Hilfe bedeutet hier in der Regel Geldleistung, die logischerweise erst nach erfolgter Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird. Man bekommt sie von der Leistungsabteilung überwiesen. Wem die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt auch durch Hilfe zur Arbeit oder Beschäftigungsgesellschaften, das sind freie Träger (oft ABM für ABM, was sie selbst anders sehen), nicht gelingt, dem drohen in der persönlichen, aber strukturell und konjunkturell verursachten Talsohle unter Umständen Dauerarbeitslosigkeit und Sozialhilfe.

Das Ossi, an diesem trüben Lebenspunkt angekommen, steht wie das Wessi in gleicher Lage vor schwierigen Alternativen. Soll man weiter auf den ersten Arbeitsmarkt hoffen, lieber auf der Sozialschiene fahren, besser in der Jobkultur zu leben beginnen oder ganz mutig in die gewerbliche Selbständigkeit respektive in einen freien Beruf springen. Von Freunden hören wir dies und das über alte und

neue Seilschaften, auch über die nötigen Vitamin-B(eziehungen), aber das kennen wir von früher. Dann dringen Worte über eine Künstlersozialkasse und die VG-Wort an unser Ohr und in unser schon prall gefülltes Hirn. Oder sollte ich ins Versicherungsgewerbe wechseln? Nein, da war schon 1991 alles voll. Da sitzen jetzt die Jungs und Mädels von unserer Staatlichen mit denen aus der Kreisleitung. Sie verwalten weiter fleißig Akten, Statistiken und Vorgänge. Als Existenzgründer benötigt man außerdem Starthilfe, auch als Wiedereinrichter. Da braucht man schon irgendwie eine Bankbürgschaft. Wie bei der Vollfinanzierung. Also alles eine offene Vermögensfrage? Was tun, um nicht unter die neue Versorgungskriminalität zu fallen? Ach nein, die gehört ja zum Ressort Vergangenheitsbewältigung und zum Amt Regierungskriminalität (was eine Art historische Kommission ist). Wie lautete doch gleich die darauf bezogene Auskunft in der Clearingstelle? Gab es bei der Treuhand ein Tempolimit oder einen Nachteilsausgleich? Oder Lamadecken? Mußte die Mietänderungserklärung wegen Asbestsanierung auf der Verkaufsfahrt beantragt werden oder kriegt man die als Zuwendungsbescheid und wenn ja, von wem? Hatte die Lebendbescheinigung etwas mit der Steuerkarte zu tun, der Altkleiderhilfe oder gar mit dem Entthemmungsgesetz? Oder ging es da um den grünen Pfeil (der wird wohl von uns bleiben: Ossi biegt grundsätzlich ab bei rot und fährt unsere Radfahrer tot), finanziert auf Förderantrag durch Lottomittel aus dem Solidaritätszuschlag? Sagte das beim brainstorming auf dem workshop der Controller oder der Gärtner? War es nicht schon immer der Gärtner, dieser noch immer getarnte IM? Sollten wir Stinnes in den Baumarkt wählen oder das Bündnis oder die PDS in das Rote Rathaus? Aber da sitzt doch jetzt die Commerzbank drin oder noch nicht? – Hier angekommen checke ich: Doch noch nichts mit Besserossi, sondern weiterhin als Normalossi viel Nachholebedarf und viel learning by doing.